

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

panorama

| 13 | April 2004 |



Die Erweiterung im Scheinwerferlicht

Eine neue Kohäsionspartnerschaft

Inhalt

Die Erweiterung *im Scheinwerferlicht*

Die Neuordnung der Union

Die Erweiterung macht eine Neuordnung der Governance, der Finanzierung und der Prioritäten der EU nötig. John Bachtler untersucht die Herausforderungen, vor denen die europäische Kohäsionspolitik infolge der Erweiterung steht.

ISPA in Aktion: Lettland, Rumänien, Litauen, Slowenien

Europäische Fördermittel in Podlachien (Polen)

ISPA, Phare, Sapard ... Seit mehreren Jahren wird der Norden Podlachiens durch EU-Programme gefördert. Sie tragen dazu bei, Infrastruktur, Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern und die Lebensqualität der Bewohner dieser Region an den Ostgrenzen der erweiterten Union zu erhöhen. Zugleich bieten sie den Akteuren und Entscheidungsträgern der Region eine Chance, sich mit dem EU-Regelwerk vertraut zu machen.

Augenzeugen berichten: Zypern, Estland, Malta

Interreg/Phare CBC in Aktion: Bulgarien, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei

3



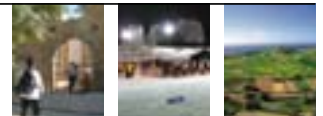
10



11



14



17

Abbildungen (Seiten): Europäische Kommission (1, 4, 5, 6, 7, 8, 9), Projektträger (10, 14, 15, 16, 17), Stadt Augustów (3, 11), Grzegorz Chelminski (12), Andrzej Chrobak (12), Stadt Suwalki (13), Maltesisches Fremdenverkehrsamt (16).
Titel: Budapest (Ungarn) – Szechenyi-Brücke über die Donau mit Pest im Hintergrund.

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik.

Diese Zeitschrift wird in gedruckter Form in Englisch und Französisch auf Recyclingpapier aufgelegt.

Sie ist auf der Webseite http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm
in 19 Amtssprachen der EU verfügbar.

Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Die Erweiterung und die Kohäsionspolitik der EU

Die Neuordnung der Union

Von John Bachtler⁽¹⁾



Stadterneuerungsprojekt in Augustów (Polen), das durch Phare finanziert wurde

Die Erweiterung macht eine Neuordnung der Governance, der Finanzierung und der Prioritäten der EU nötig. John Bachtler untersucht die Herausforderungen, vor denen die europäische Kohäsionspolitik infolge der Erweiterung steht.

Zum Abschluss einer mehr als zehnjährigen Reform- und Verhandlungsphase nähert sich die Union der wirtschaftlichen und politischen Landmarke der Erweiterung: Am 1. Mai 2004 treten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern der EU bei. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass Rumänien und Bulgarien sich auf einen Beitritt im Jahre 2007 vorbereiten, dass die Türkei auf den Beginn von Verhandlungen wartet und dass weitere potenzielle Bewerberländer – Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien-Montenegro – ihre Kandidatur entweder schon angemeldet haben oder das möglichst bald tun wollen.

Das historische Ziel ihrer Erweiterung vor Augen, ist die Union in eine Phase kritischer Diskussionen und Entscheidungen eingetreten, die ihre zukünftige Governance, Finanzierung und Prioritäten zum Thema haben.

Im Mai 2003 hat der Konvent über die ‚Zukunft Europas‘ offiziell einen breiten Katalog von Vorschlägen über den politischen Entscheidungsprozess in der Union, die Kompetenzverteilung, die Funktionsweise der europäischen Institutionen und die Stimmverhältnisse verabschiedet. Sie sollen die EU effizienter und transparenter machen.

Was die Finanzierung angeht, hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über die Vorausschau für die Zeit nach 2006 veröffentlicht. Obwohl die Entscheidung des Europäischen Rates von Brüssel, die Reform der GAP über einen relativ langen Zeitraum zu strecken, den Spielraum für eine weitreichende Haushaltsreform eingeschränkt hat, macht die Kommission Vorschläge, wie der EU-Haushalt umstrukturiert werden könnte, um die in der Agenda von Lissabon niedergelegten Ziele für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Als weitere Faktoren, die sich auf die Haushaltsdebatte auswirken, müssen besonders die zukünftigen Aufwendungen für die Sicherung der Außengrenzen sowie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erwähnt werden.

⁽¹⁾ Direktor des European Policies Research Centre, Universität Strathclyde, Glasgow, Vereinigtes Königreich (<http://www.eprc.strath.ac.uk>).

Drei Fragen an Péter Balázs, Mitglied der Europäischen Kommission



Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der beitragsvorbereitenden Phase in Sachen Schließung der Lücke zur EU-15, einmal abgesehen von den Besonderheiten der Situation in den einzelnen Ländern?

In den Bereichen Umwelt und Verkehr, in denen die neuen Mitgliedstaaten Rückstände aufweisen, ist schon eine ganze Reihe von wichtigen Projekten mit europäischer Unterstützung durchgeführt worden. Die Qualität der Infrastrukturen hat sich verbessert, und die nationalen Behörden haben zu verstehen gelernt, wie die Kohäsionspolitik funktioniert. Sie sind jetzt in einer guten Ausgangsposition, um die Vorteile der Regionalförderung voll auszuschöpfen.

Worin besteht Ihrer Auffassung nach die größte Herausforderung für die neuen Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2004-2006?

Gutes Management, die Identifizierung von hochkarätigen Projekten und die Gründung von Partnerschaften – all das sind bedeutsame Herausforderungen. Die Zeit von 2004 bis 2006 ist kurz, nicht zuletzt wegen der „n + 2“-Regel über die Aufhebung von Mittelbindungen.

Was halten Sie von den Vorschlägen der Kommission zu den Themen Finanzielle Vorausschau und Reform der Kohäsionspolitik nach 2006?

Die Vorschläge sind die richtige Antwort auf die Zunahme der Disparitäten, die mit der Erweiterung einhergehen wird, denn sie beinhalten eine Konzentration der Mittel auf die weniger entwickelten Gebiete und sehen dennoch ausreichende Mittel für die Regionen außerhalb des Konvergenziels vor. Über diesen zweigleisigen Ansatz hinaus trage ich uneingeschränkt das Ziel mit, die Kohäsionspolitik in den Dienst der Strategie von Lissabon zu stellen. Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft steigern wollen, gibt es zur Kohäsionspolitik keine Alternative.

neuen Mitgliedstaaten (Malta, Slowenien, die Tschechische Republik, Zypern) auf ein Pro-Kopf-BIP verweisen, das fast so hoch ist wie das der ärmeren Länder der EU-15, manchmal sogar höher, jedoch haben die meisten ein Pro-Kopf-BIP von weniger als 60 % des Durchschnitts in der EU-25. Im Fall von Lettland sinkt die Kennziffer sogar auf 37 % ⁽²⁾.

Unbestreitbar hat die Wirtschaft der neuen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Außer der Tschechischen Republik haben alle Beitrittsländer ein reales BIP-Wachstum erzielt, das weit über den Vergleichszahlen für die EU-15 liegt; das beginnt mit einer Wachstumsrate von 3,3 % in der Slowakischen Republik und endet mit 6,1 % in Lettland. Die Wachstumsprognosen für den Zeitraum 2003-2006 liegen zwischen 3 % und 6,3 %, obwohl damit zu rechnen ist, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen sich verschlechtern und die Diskrepanzen zwischen den sehr guten Ergebnissen der baltischen Staaten und denen der anderen Beitrittsländer zunehmen werden.

Obwohl der Abschluss der Beitrittsverhandlungen einen großen Erfolg für die neuen Mitgliedstaaten bedeutet, ist der Prozess der Anpassung noch nicht abgeschlossen ⁽³⁾. Einige

Die Herausforderungen der Erweiterung

Die wichtigsten Zahlen über die Implikationen der Erweiterung für die Kohäsionspolitik sind allgemein bekannt. Die Unionsbevölkerung wird um 20 % zunehmen, das BIP jedoch nur um 5 %, was bedeutet, dass das mittlere **Pro-Kopf-BIP** in der EU-25 um mehr als 12 % fällt. Zwar können einige der

UNGARN

Fläche: 93 030 km²

Bevölkerung: 10 142 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

53 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Das gemeinschaftliche Förderkonzept Ungarns (1,995 Mrd. EUR) zielt auf die Wettbewerbsfähigkeit des produktiven Sektors, Beschäftigung und Humanressourcen, Verbesserung der Transportinfrastruktur und des Umweltschutzes sowie die lokale Entwicklung.



Ungarn: Qualifizierungsprogramm für junge Roma

⁽²⁾ Eurostat-Daten, Pro-Kopf-BIP (KKS), 2001. In Bulgarien und Rumänien liegen die entsprechenden Zahlen bei 29 % bzw. 27 %.

⁽³⁾ *Transition Report 2003: Integration and regional cooperation*, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London.

der neuen Mitgliedstaaten haben noch immer nicht alle Folgen des katastrophalen Zusammenbruchs ihres BIP in den frühen neunziger Jahren überwunden. Laut Schätzungen der EBWE lag das reale BIP von Lettland, Litauen und Estland im Jahr 2002 immer noch unter dem Niveau von 1989. Trotz eindrucksvoller struktureller und institutioneller Reformen haben die Beitrittsländer immer noch Defizite zu überwinden, und zwar sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Finanzmärkte, der Umstrukturierung von Kernsektoren wie Energie, Schwerindustrie und Landwirtschaft als auch der Qualität der öffentlichen Verwaltungen und des Unternehmensumfelds. Das Wachstum der letzten Zeit wurde von starkem privatem und öffentlichem Konsum getragen, mit der Folge hoher Haushaltsdefizite. Die öffentliche Neuverschuldung erreicht bis zu 9 % des BIP, und die Finanzen der neuen Mitgliedstaaten werden unter starken Druck kommen, wenn sie sich auf den Beitritt zur Eurozone vorbereiten.

Die Situation auf den Arbeitsmärkten birgt weitere Herausforderungen: In manchen neuen Mitgliedstaaten liegen zwar die Arbeitslosenquoten zwischen 3 % und 6 %, der globale Durchschnitt jedoch erreicht 15 %. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat Stagnation bzw. einen Rückgang der Beschäftigung verursacht; die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat nicht ausgereicht, um die Entlassungen zu kompensieren. Die Beschäftigungsquote in den neuen Mitgliedstaaten beträgt 56 %, in Polen sogar nur 52 %, in der EU-15 dagegen 64 %. Die Arbeitsmärkte der neuen Mitgliedstaaten weisen signifikante strukturelle Unterschiede zu denen der EU-15 auf, vor allem einen höheren Anteil von Arbeitskräften in der Landwirtschaft (11 % gegen 3 %) und einen erheblich niedrigeren Anteil im Dienstleistungssektor (28 % gegen 44 %). Um das Beschäftigungsziel von Lissabon zu erreichen (70 %), werden die Beitrittsländer besonders im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze schaffen müssen ⁽⁴⁾.

Das Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten ist mit einer erheblichen Zunahme der regionalen Disparitäten einhergegangen. In fast allen Ländern konnten die wohlhabenderen Regionen am schnellsten wachsen und die Entwicklungsrückstände zur EU-15 schließen, während die ärmeren Regionen im Vergleich zum EU-Durchschnitt einen Rückgang ihres Pro-Kopf-BIP hinnehmen mussten. Wenn gleich die Beitrittsländer hinsichtlich ihrer Regionalstruktur und ihrer Wachstumschancen und -probleme beträchtliche Unterschiede aufweisen, kann man allgemein vier Strukturtypen beobachten.

Erstens war das Wachstum in den Hauptstädten und anderen großstädtischen Gebieten am höchsten. Diese Regionen konnten meist von günstigen Ausgangspositionen starten und waren daher zu einer schnellen Umstrukturierung und Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen fähig. Zum Beispiel haben die Stadtregionen von Prag, Bratislava, Budapest und Warschau ihr Pro-Kopf-BIP auf ein Niveau heben können, das zwischen 150 % und 220 % über den jeweiligen nationalen Durchschnittswerten liegt.

Zweitens gibt es regionale West-Ost-Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung. Während viele Regionen an den Grenzen der EU-15 von Investitionen, Tourismus und grenzüberschreitender Zusammenarbeit profitieren konnten, hatten die Regionen an den Ostgrenzen der Beitrittsländer seit dem Beginn des Übergangs zur Marktwirtschaft meist keine



Der durch Europäische Fördermittel kofinanzierte Umgehungsgürtel von Bratislava (Slowakei)

großen Fortschritte hinsichtlich ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zu verzeichnen. Sie sind durch die niedrigsten Wachstumsraten, die höchste Arbeitslosigkeit und die ungünstigste Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet.

Drittens hat der Übergangsprozess in kleinen Städten und ländlichen Regionen sich oft nachteilig ausgewirkt. Die Anpassung an den Übergang fiel ihnen oft schwer; sie mussten mit den hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Umstrukturierung kämpfen und hatten nur begrenzte Wachstumschancen.

Viertens und letztens stellen die Verzögerungen bei der Umstrukturierung des Bergbaus sowie der Stahl-, Energie- und sonstigen Schwerindustrien trotz des schon erfolgten Arbeitsplatzabbaus weiterhin massive wirtschaftliche, soziale, politische und umweltbezogene Herausforderungen für den Transformationsprozess dar.

Im Lauf des letzten Jahrzehnts haben sich die neuen Mitgliedstaaten – wenngleich in unterschiedlichem Maße – verstärkt mit regionalpolitischen Fragen befasst. Dank der beitragsvorbereitenden Förderung durch die Programme Phare,

⁽⁴⁾ Eurostat-Daten. Havlik, P. (2003), *EU enlargement: growth, competitiveness and some challenges facing the future member states*, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

ISPA und Sapard, deren Volumen im Programmzeitraum 2000-2006 ca. 3 Mrd. EUR jährlich erreicht, haben die Beitrittsländer die Strukturen ihrer Regionalverwaltungen reformiert, um (in den größeren Ländern) die Rolle der Regionen zu stärken. Des Weiteren haben sie in die institutionellen Infrastrukturen für Regionalentwicklung investiert. In den späten neunziger Jahren wurde die Regionalpolitik auf gesetzliche Grundlagen gestellt, und alle Länder haben hierarchisch gegliederte Konzepte, Strategien, Pläne und Programme entwickelt, die mittels eines breiten Spektrums von Maßnahmen für Gemeinden und Unternehmen umgesetzt werden.

Da im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik erhebliche Mittel verfügbar werden, stehen die neuen Mitgliedstaaten vor weit reichenden politischen Entscheidungen. Einerseits brauchen sie nationale Politiken für Regionalentwicklung, um alle Regionen – ganz besonders die „Motoren“ der Entwicklung – zur Nutzung ihrer Wachstumspotenziale zu befähigen. Andererseits brauchen sie strukturpolitische Maßnahmen, um die Anpassung alter Industrieregionen zu beschleunigen und die Regionen in Randlage, d. h. die ärmsten und strukturell rückständigsten, meist an den Ostgrenzen gelegenen Regionen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang stehen folgende Themen auf der Tagesordnung der zukünftige Struktur- und Kohäsionspolitik: Entwicklung der Basisinfrastrukturen dort,



Weiterbildung für Unternehmer in der Slowakei

wo sie überlastet sind, Förderung der Arbeitskräftemobilität und Ausbildung in technologischen, managementbezogenen und unternehmerischen Fähigkeiten, Umweltschutzinvestitionen zur Beseitigung von Altlasten und zur Umsetzung der EU-Richtlinien, FuE-Investitionen, besonders in den Unternehmen, schließlich die Entwicklung der KMU, besonders der ganz kleinen Dienstleistungsbetriebe, die den Löwenanteil der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich schaffen.

Die Kohäsionspolitik der EU von 2004 bis 2006

Ende 2002 wurde unter dänischem Vorsitz ein Finanzrahmen für den Zeitraum 2004-2006 verabschiedet, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten nach dem Beitritt finanziell besser gestellt sein würden als vorher. Diese Vereinbarung stellte zusätzliche Mittel bereit, die dazu dienen sollen, die Anforderungen des Schengen-Abkommens zu erfüllen und

SLOWAKEI

Fläche: 48 845 km²

Bevölkerung: 5 379 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

47 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Die Slowakei verteilt ihre Mittel (1,041 Mrd. EUR) auf vier operationelle Programme für folgende Bereiche: Industrie und Dienstleistungen, Humanressourcen, Basis-Infrastruktur sowie Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums.

Verpflichtungsermächtigungen für Strukturmaßnahmen in den neuen Mitgliedstaaten: 2004-2006 (Mio. EUR zu derzeitigen Preisen)

Land	Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3	Interreg	EQUAL	Kohäsionsfonds (*)	Insgesamt
Tschech. Republik	1 454,27	71,30	58,79	68,68	32,10	936,05	2 621,19
Estland	371,36	0,00	0,00	10,60	4,07	309,03	695,06
Zypern (**)	0,00	28,02	21,95	4,30	1,81	53,94	113,44
Lettland	625,57	0,00	0,00	15,26	8,03	515,43	1 164,29
Litauen	895,17	0,00	0,00	22,49	11,87	608,17	1 537,70
Ungarn	1 995,72	0,00	0,00	68,68	30,29	1 112,67	3 207,36
Malta	63,19	0,00	0,00	2,37	1,24	21,94	88,74
Polen	8 275,81	0,00	0,00	221,36	133,93	4 178,60	12 809,70
Slowenien	237,51	0,00	0,00	23,65	6,44	188,71	456,31
Slowakei	1 041,04	37,17	44,94	41,47	22,27	570,50	1 757,39
Insgesamt	14 959,64	136,49	125,68	478,86	252,05	8 495,04	24 451,18

(*) Durchschnitt.

(**) Einschließlich Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF).

es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, Direktbeihilfen für Landwirte aufzustocken. Dazu kommt eine Cash-flow-Fazilität für Polen bis zu 1 Mrd. EUR.

Die endgültigen Finanzmittel für die Erweiterung bleiben im wesentlichen innerhalb des Rahmens für Mittelbindungen und -auszahlungen, den die EU im Berliner Abkommen von 1999 festgelegt hat. Hinsichtlich der Strukturmaßnahmen ist hervorzuheben, dass erstens Polen mit einem Anteil von ungefähr 52 % der Verpflichtungsermächtigungen der bei weitem größte Einzelpfänger von EU-Fördermitteln ist. Zweitens ist der für den Kohäsionsfonds vorgesehene Anteil sehr viel höher als für die gegenwärtigen Mitglieder: Er beläuft sich auf mehr als ein Drittel der Verpflichtungsermächtigungen, im Gegensatz zu 18 % für die derzeit vier Begünstigten. Drittens ist der sehr hohe Anteil von Ziel-1-Mitteln an der Gesamtheit der Strukturfondsmittel hervorzuheben; er macht über 93 % der Gesamtaufwendungen aus, statt knapp unter 70 % in der EU-15. Dies liegt daran, dass rund 92 % der Bevölkerung der zehn Beitrittsländer die Ziel-1-Kriterien erfüllen. Schließlich sind die Pro-Kopf-Aufwendungen für die neuen Mitgliedstaaten erheblich niedriger als für die ärmeren Mitglieder der EU-15. Bei Zugrundelegung der Höchstgrenze von 4 % des BIP wird die Strukturförderung in den neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2006 auf 137 EUR pro Kopf veranschlagt, im Gegensatz zu 231 EUR pro Kopf in den gegenwärtigen vier Kohäsionsländern.

Daher hat die EU für den Zeitraum von 2004 bis 2006 40,7 Mrd. EUR für die Finanzierung der Erweiterung bereitgestellt, von denen 21,8 Mrd. EUR auf die Kohäsionspolitik entfallen (14,7 Mrd. EUR aus den Strukturfonds und 7,1 Mrd. EUR aus dem Kohäsionsfonds, zu Preisen von 1999). Alle neuen Mitgliedstaaten erfüllen die Kriterien für EU-Förderung; der Anteil der EU-Hilfen wird in der EU-25 von derzeit 40 % der Bevölkerung (EU-15) auf 49,5 % steigen. Mit Ausnahme einiger kleiner Ziel-2- und Ziel-3-Programme in Zypern, Prag und Bratislava sowie Interreg und EQUAL werden die Strukturfondshilfen aus Ziel-1-Programmen kommen, 61 % davon aus dem EFRE, 25 % aus dem ESF, 12 % aus dem EAGFL und 2,4 % aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP).

Zur Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik müssen die neuen Mitgliedstaaten beträchtliche institutionelle Probleme lösen. Obwohl sie während der Beitrittsvorbereitungen wertvolle Erfahrungen sammeln konnten, geht aus Berichten der Europäischen Kommission hervor, dass die Fähigkeiten für Ma-

nagement und Einsatz der Strukturinstrumente begrenzt sind. Das liegt an strategisch unzureichender Führung, Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Verzögerungen bei der Einrichtung von Kontrollmechanismen sowie – was vielleicht das größte Problem ist – einer ungenügend entwickelten Kultur im Bereich der Projektentwicklung, die eine Voraussetzung für die fristgerechte Verwendung der Mittel ist. Weiter leiden die Länder an Mangel an qualifiziertem Personal, langsamer Kommunikation zwischen den administrativen Ebenen und Schwächen, die in den von Phare finanzierten Vorbereitungsprogrammen deutlich geworden sind. Die Fähigkeit der Regionen zur Beteiligung an der Programmplanung ist höchst unterschiedlich, und der Grad der Vorbereitung der Behörden und NRO ist begrenzt oder gar inexistent. Schließlich könnten aufgrund von Haushaltseinschränkungen und Finanzknappheit der potenziellen Begünstigten die Kofinanzierungserfordernisse zum Problem werden. Dennoch bietet der Programmplanungszeitraum 2004-2006 wichtige Lernchancen, und die Erfahrungen, die in der Vergangenheit von neuen Mitgliedstaaten (Österreich, Finnland und Schweden) gemacht wurden, zeigen, dass praktische Programmplanungskompetenz schnell erworben werden kann.

EU-Kohäsionspolitik: 2007 und danach

Die Zukunftsaussichten der EU-Kohäsionspolitik nach 2006 sind sehr viel weniger klar. Im Lauf der langen und gründlichen Vorbereitung des Dritten Kohäsionsberichts haben die europäischen Institutionen, die Mitgliedstaaten und viele regionale und sektorale Interessengruppen offen und ausführlich diskutiert; dabei ist deutlich geworden, dass es weit reichende Auffassungsunterschiede gibt, und zwar sowohl hinsichtlich der Zuweisung von Haushaltsmitteln für die Kohäsionspolitik der EU als auch hinsichtlich der Modelle der Mittelzuweisung, Verwaltung und Kontrolle der Fonds. Indes

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Fläche: 78 866 km²

Bevölkerung: 10 203 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

62 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

In der Tschechischen Republik erfasst das gemeinschaftliche Förderkonzept für Ziel 1 bei einem Volumen von 1,45 Mrd. EUR das gesamte Staatsgebiet außer der Region Prag. Es besteht aus fünf operationellen Programmen: Industrie und Unternehmen, Infrastrukturen, Entwicklung der Humanressourcen, ländliche Entwicklung und multifunktionale Landwirtschaft. Das Ziel-2-EPPD für die Region Prag (71 Mio. EUR) wird vor allem der Verbesserung der städtischen Umwelt gewidmet sein.



Berufliche Eingliederung in der Tschechischen Republik



Veterinärmedizinische Untersuchung in Lettland

besteht Konsens, dass die Ressourcen auf die am wenigsten entwickelten Gebiete der EU konzentriert werden sollten.

Ein für manche Kohäsionsländer und Regionen wichtiges Problem ergibt sich aus dem Verlust der Förderfähigkeit aufgrund eines „statistischen Effekts“, der darin besteht, dass sie aus rein statistischen Gründen über die Ziel-1-Schwelle „gehoben“ würden. In der EU-25 könnte das rund 18,5 Millionen Menschen betreffen. Die Regionen in dieser Situation möchten wie die förderfähigen Ziel-1-Gebiete behandelt werden. Manche Mitgliedstaaten sprechen sich auch dafür aus, die so genannten „Phasing out“-Regionen während einer Dauer von etwa fünf Jahren bevorzugt zu behandeln.

Auch über die Förderung der ärmsten Gebiete der EU durch den Kohäsionsfonds besteht breiter Konsens. Bei Zugrundelegung eines Schwellenwerts von 90 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) in der EU-25 wären alle neuen Mitgliedstaaten

mit Ausnahme Zyperns förderfähig. Unter den derzeitigen Begünstigten würden Griechenland und Portugal wahrscheinlich förderfähig bleiben. Spanien dagegen würde an die Grenze der Förderfähigkeit stoßen, und wenn keine speziellen Maßnahmen ergriffen werden, könnte es ein Opfer des statistischen Effekts werden. Irland würde mit Sicherheit ausgeschlossen. Viele der neuen Mitgliedstaaten würden es vorziehen, wenn auch weiterhin – wie in der Periode 2004-2006 – ein höherer Anteil der EU-Mittel im Rahmen des Kohäsionsfonds verausgabt würde.

Am heftigsten wird diskutiert, ob und wie EG-Mittel außerhalb von Ziel 1 verausgabt werden sollen. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, Ziel 2 zukünftig auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren, allen Gebieten außerhalb des Ziels 1 Förderfähigkeit zuzuerkennen und den Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Festlegung der geografischen Konzentration und für die Durchfüh-

LETTLAND

Fläche: 64 589 km²

Bevölkerung: 2 332 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

35 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Lettland wird ein Programm (626 Mio. EUR) mit vier Prioritäten durchführen: territoriale Kohäsion, innovative Unternehmen, Beschäftigung und berufliche Ausbildung, ländliche Entwicklung und die Fischerei.

LITAUEN

Fläche: 65 200 km²

Bevölkerung: 3 463 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

39 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Das litauische Programm (895 Mio. EUR) konzentriert sich auf die Verbesserung der Infrastrukturen, die Entwicklung der Humanressourcen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die ländliche Entwicklung und die Fischerei.



In einem slowenischen Laboratorium

rung der Hilfen zu übertragen. Jedoch sind auch andere Modelle vorgeschlagen worden, insbesondere vom Vereinigten Königreich.

Schlussfolgerungen

Mit der Erweiterung kommen komplexe Probleme auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU zu. Es besteht Einigkeit darüber, dass Konvergenz zwischen den neuen und den heutigen Mitgliedstaaten ohne substanzielle und nachhaltige Anstrengungen der EU zugunsten der Beitrittsländer über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren nicht zu erreichen sein wird. Gleichzeitig soll den ärmeren Mitgliedstaaten der EU-15 weiterhin geholfen werden, den Entwicklungsrückstand gegenüber den reicheren Ländern zu verringern. Um den Effekt dieser Förderungen zu maximieren, ist es wichtig, die Lehren aus neueren Evaluationsstudien über die unterschiedlichen Wirkungen von EU-Förderung und über das politische Umfeld zu ziehen, in dem sie implementiert werden.

Weit kontroverser wird darüber diskutiert, ob und wie die Kohäsionspolitik der EU außerhalb der weniger entwickelten Länder und Regionen fortgesetzt werden soll. Die Schlüsselfrage ist dabei das Verhältnis der beiden Kernziele Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion. Einerseits wird unbestreitbar Druck ausgeübt, um die EU zu bewegen, sich aus der nicht


dem Ziel 1 gewidmeten Förderung zurückzuziehen, sich im Sinne der Agenda von Lissabon auf die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu konzentrieren und zu diesem Zweck in Forschung und Entwicklung, Innovation, Hochschulbildung, berufliche Fertigkeiten und Netzwerke zu investieren. Andererseits löst der Gedanke die Sorge aus, die EU-Hilfen für den Strukturwandel in Industriegebieten und ländlichen Regionen könnten zurückgefahren werden.


Diese Sorgen werden auch dadurch genährt, dass die Regionalpolitik in vielen reicheren Ländern im Begriff ist, ihre einstige Konzentration auf „Problemgebiete“ aufzugeben und alle Regionen eines Landes zu fördern. Die Disparitäten innerhalb der Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren zugenommen; es ist durchaus vorstellbar, dass neue regionalpolitische Konzepte eine Steigerung der nationalen und (partiell) auch der regionalen Wachstumsraten bewirken, jedoch auf Kosten der interregionalen Gleichgewichte. Viele Regionen möchten nicht missen, was sie als Mehrwert der Strukturfonds ansehen, d. h. die Prinzipien von Partnerschaft, strategischem Denken, mehrjähriger Programmplanung und Erfahrungsaustausch. Indes gehen auch die nationalen Regionalentwicklungspolitiken mehr und mehr dazu über, diese Merkmale zu integrieren.


Schließlich wäre es verfehlt, die Implikationen einer Reform der EU-Kohäsionspolitik isoliert zu betrachten. Für viele ländliche Gebiete sind die Mittel der GAP wichtiger als die Strukturfonds, und die entscheidende Frage ist die nach der zukünftigen Finanzierung des „zweiten Pfeilers“ der GAP, d. h. der Entwicklung des ländlichen Raums. Auf einer allgemeineren Ebene ist festzuhalten, dass die Kontrolle der einzelstaatlichen Beihilfen einen wichtigen Beitrag zur Kohäsion leistet. Manche Mitgliedstaaten äußern ernst zu nehmende Bedenken hinsichtlich des Bedarfs nach mehr Subsidiarität und Flexibilität beim Einsatz der Regionalförderung, speziell in Gebieten, die in Gefahr sind, sowohl aus den Förderkriterien für die Strukturfonds als auch aus denen für Regionalförderung herauszufallen. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, dass die in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Fortschritte zur Eindämmung des Subventionswettbewerbs und zur Erreichung gleicher Zugänge zu Fördermitteln nicht untergraben werden.

Mehr Informationen auf:

http://europa.eu.int/abc/governments/new_eu_members/index_de.htm

SLOWENIEN	
Fläche: 20 273 km ² Bevölkerung: 1 995 000 Einwohner Index BIP/Einwohner (2002): 69 (EU-15 = 100)	
Strategie der Strukturfonds (2004-2006): Slowenien (237,5 Mio. EUR) will sich auf drei Prioritäten konzentrieren: Wettbewerbsfähigkeit des produktiven Sektors, Entwicklung der Humanressourcen und der Beschäftigung, Umstrukturierung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei.	

BULGARIEN	
Fläche: 110 910 km ² Bevölkerung: 7 846 000 Einwohner Index BIP/Einwohner (2002): 26 (EU-15 = 100)	

RUMÄNIEN	
Fläche: 237 500 km ² Bevölkerung: 21 773 000 Einwohner Index BIP/Einwohner (2002): 27 (EU-15 = 100)	

LETTLAND

Hausmüllentsorgung in Ventspils



Gesamtkosten: 6 190 000 EUR
EU-Beitrag (ISPA): 3 033 100 EUR

„In der ostseeeichen Region von Ventspils (60 661 Einwohner) gibt es keine Rieselfelder; auf den derzeit 13 Müllplätzen fehlt es an allen Umweltschutzmaßnahmen. Dieses ISPA-Projekt legt ein Rieselfeld und ein Zwischenlager für gefährlichen Müll an, baut eine Zufahrtstraße aus, schafft Ausrüstungen (Container, Fahrzeuge, eine Müllpresse ...) an, führt eine öffentliche Informationskampagne durch, richtet ein Überwachungssystem für Grundwasser und Oberflächenwasser ein, schließt und renaturiert alle derzeitigen Müllhalden (ca. 31 ha) und führt Mülltrennung sowie das Recycling von Papier, Kartonagen, Glas und Metallen ein.“

Anita Bisofa

*Leiterin der Abteilung Projektentwicklung
Umweltministerium der Republik Lettland
anita.bisofa@vidm.gov.lv*

LITAUEN

Ausbau der Nationalstraße Vilnius-Kaunas-Klaipeda



Gesamtkosten: 27 170 000 EUR
EU-Beitrag (ISPA): 20 380 000 EUR

„Die Nationalstraße Vilnius-Kaunas-Klaipeda (293,3 km) ist einer der wichtigsten Verkehrswege Litauens, aber nicht für moderne Anforderungen ausgelegt, vor allem weil die höchstzulässige Achslast unterhalb der von den EU-Normen vorgesehenen 11,5 t liegt. Das steigende Verkehrsaufkommen und die höheren Fahrzeuggewichte haben zu einer beschleunigten Abnutzung des Straßenbelags geführt. Daher bestand das erste Straßenbauprojekt, das im Rahmen von ISPA durchgeführt wurde, aus einer Verstärkung von Straßenbelag und Bankette auf Teilstrecken von 37 km Länge bzw. allein der Straßendecke auf Streckenabschnitten von 118,8 km. Auf der Strecke Vilnius-Kaunas-Klaipeda wurden 27 Brücken und Überführungen erneuert und Sicherheitsmaßnahmen getroffen (Leitplanken, Verkehrsschilder, Straßenmarkierungen usw.). Beide Phasen waren im Dezember 2002 abgeschlossen.“

Gintautas Predkelis

*Ministerium für Verkehr und Kommunikation, Litauen
gintas.tid@transp.lt*

RUMÄNIEN

Abwasserentsorgung in Craiova



Gesamtkosten: 70 378 000 EUR
EU-Beitrag (ISPA): 52 783 500 EUR

„Obwohl Craiova (320 000 Einwohner) eine der größten Städte Rumäniens ist, hat sie keine funktionierende Kläranlage, und das Kanalisationssystem ist unvollständig. Haushalts- und Industrieabwässer werden direkt in einen teilweise offenen Kanal geleitet, der die Stadt durchquert und in einen kleinen See in einem städtischen Naherholungsgebiet mündet und sich von dort, ohne jede Klärung, in den Fluss Jiu ergießt. Das Projekt wird die Abwässereinleitungen in den Jiu und weiter flussabwärts in die Donau beträchtlich verringern. Es umfasst drei Teile: Instandsetzung und Modernisierung der Kläranlage, Ausbau der Kanalisation sowie technische Hilfe für Projektmanagement und institutionelle Konsolidierung.“

Daniela Beuran

*Ministerium für öffentliche Finanzen, Rumänien
ISPA-Abteilung für Umweltschutzausrüstungen
bdana@cfcu.ansit.ro*

SLOWENIEN

Modernisierung der Bahnlinie Ljubljana-Zidani Most-Maribor



Gesamtkosten: 25 803 500 EUR
EU-Beitrag (ISPA): 10 063 365 EUR

„Das Projekt besteht aus der Erneuerung von 22,1 km Gleisen in fünf Bahnhöfen und auf zwei Teilstrecken der Bahnlinie (Hoce-MB Tezno und MB Tezno-Maribor). Mit dem Abschluss der Arbeiten wird für Dezember 2006 gerechnet. Ziel der Maßnahme ist, die Infrastruktur für den Hochgeschwindigkeitsverkehr auszubauen und die Zusammenarbeit im Bereich der technischen Standardisierung zu verbessern. Dieses Renovierungs- und Modernisierungsprojekt wird ermöglichen, die durch lokale Geschwindigkeitsbegrenzungen verursachten Engpässe zu überwinden, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf allen renovierten Streckenabschnitten bis auf 160 km/h anzuheben und die Strecke für Waggons mit einer realen Achslast von 22,5 t pro Achse zu öffnen. Da es um die Modernisierung einer schon existierenden Bahnlinie geht, wird das Projekt keine nennenswerte Umweltbelastung verursachen.“

Breda Kriznar, *Ministerium für Verkehr, Slowenien
breda.kriznar@gov.si*

Europäische Fördermittel für Podlachien (Polen)

Vorhang auf!

ISPA, Phare, Sapard ... Seit mehreren Jahren wird der Norden Podlachiens durch EU-Programme gefördert. Sie tragen dazu bei, Infrastruktur, Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern und die Lebensqualität der Bewohner dieser Region an den Ostgrenzen der erweiterten Union zu erhöhen. Zugleich bieten sie den Akteuren und Entscheidungsträgern der Region eine Chance, sich mit den EU-Regelwerken vertraut zu machen.



Ein Land mit Flüssen und Seen

„Also, wie sieht’s aus? Glauben Sie, dass sie für den Beitritt zur Europäischen Union fit sind?“ So fragt – gut gelaunt und nicht ohne Sinn für Provokation – Andrzej Chrobak, Chefberater für transnationale Kooperation der Agentur für die Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft (ARIMR) und Manager des polnischen Sapard-Programms⁽⁵⁾, während er seinen französischen Gast durch einige landwirtschaftliche Betriebe führt, die am Programm beteiligt sind. Einer von ihnen gehört den Milcherzeugern Jadwiga und Zdzisław Sidorek aus Jeleniewo, die mit einer Sapard-Beihilfe von 12 400 EUR ihren neuen Stall, in dem sich 35 Kühe frei bewegen können, auf den Stand der europäischen Normen bringen konnten. „Wir haben einen zweiten Antrag gestellt“, erklärt Zdzisław: „Diesmal geht es um 10 000 EUR, die vor allem zum Ankauf neuartiger Matratzen für das Wohlergehen der Tiere bestimmt sind.“ Das Vorgehen der Sidoreks ist charakteristisch für die jungen polnischen Landwirte, die fest entschlossen sind, ihren Betrieb nach dem Beitritt ihres Landes zur Union zu erhalten und zu entwickeln. „Sie sind echte Unternehmer, tatkräftig, innovationsfreudig

und ohne Komplexe“, bekräftigt Grzegorz Chelminski von der regionalen ARIMR-Dienststelle.

Wir sind im Norden der *Voivodia* (Region) Podlachien, genauer gesagt in den *Poviats* (Bezirken) von Augustów, Suwałki, Grajewo und Sejny, im äußersten Nordosten Polens, im Dreiländereck Polen, Weißrussland und Litauen. Zur russischen Enklave Kaliningrad ist es ebenfalls nicht weit. Milcherzeugung ist die wichtigste landwirtschaftliche Aktivität in der Region. Daher finanziert Sapard hauptsächlich Investitionen zur Verbesserung der Produktion und des Umweltschutzes auf den Höfen, d. h. Silos, Melkmaschinen, Anlagen zur Entsorgung der tierischen Abfälle, Jaucheverteiler ... Die Hauptsorge der Sidoreks ist, „dass wir im ganzen Landkreis die einzigen Milcherzeuger bleiben könnten, die die europäischen Normen erfüllen. Das könnte die Molkerei veranlassen, mangels ausreichender Rentabilität unsere Milch nicht mehr abzuholen. Abwarten – das ist hier die dominierende Einstellung. Viele Landwirte werden erst nach dem Beitritt entscheiden, ob sie ihren Betrieb erhalten oder aufgeben.“

⁽⁵⁾ Sapard („Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development – Beitrittsvorbereitendes Sonderprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“): Ein im Jahr 2000 angelaufenes Programm, das die Anpassung der Strukturen der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete Mittel- und Osteuropas erleichtern soll.

Und da wir beim Thema sind: Die Molkerei in Grajewo (450 Beschäftigte), eine der sechs Produktionsstätten der Genossenschaft „Mleko“, kann auf 13 000 Mitglieder und 15 000 landwirtschaftliche Zulieferbetriebe verweisen. Als größte Erzeugerin von H-Milch in Polen ist sie in Masuren und im Norden Podlachiens tätig, wo sie 4 Mio. EUR in den Bau einer Butterfabrik investiert hat. 40 % der Kosten für die Anlage, die „europäisches Spitzenniveau“ erreicht – so jedenfalls Produktionsleiter Groszyk Zbigniew –, wurden von Sapard übernommen.

Zu Fuß, zu Pferd, per Boot

Zwar ist Podlachien mit einem Pro-Kopf-BIP, das im Jahr 2001 gerade 31 % des Durchschnitts der Union der 15 erreichte (gegen 41 % für ganz Polen und 64 % für die Region Warschau), recht arm, doch fehlt es der Region nicht an Potenzial. Vor allem der Norden ist in touristischer Hinsicht sehr attraktiv. Er wird von der „Via Baltica“ (E67) durchquert, dem kürzesten Landweg von Finnland nach Zentral-europa. In der walddreichen Region liegen zahllose Seen, vor allem aber einer der letzten Urwälder Europas. Damit ist sie ein Paradies für Urlauber, die die Natur erwandern wollen, gleich ob zu Fuß, zu Pferd, per Schiff oder mit dem Paddelboot. Auf der riesigen Seenplatte und dem nach dem Vorbild des französischen Canal du Midi gebauten Augustower Kanal kann man tagelange Wasserwanderungen in Kanu, Kajak oder anderen Booten unternehmen. Diese Lage wird heute schon ökonomisch genutzt: In Augustow (30 000 Einwohner) bieten drei Schiffs- und Yachtbaubetriebe nicht weniger als tausend Arbeitsplätze.

Mit Hilfe von Phare⁽⁶⁾ hat die Gemeinde Augustow ein ehrgeiziges Programm (7 Mio. EUR, EU-Beitrag 4,2 Mio. EUR) für Stadterneuerung und Fremdenverkehrsentwicklung gestartet, in dessen Zentrum der Kanal steht. Die Behörden messen dem Tourismus einen zentralen Stellenwert für die Entwicklung der Stadt bei, die seit 1993 als Thermalbad anerkannt ist und 4000 Betten und jährlich 100 000 Besucher zählt. „Unser Ziel ist, die Saison zu verlängern, die noch allzu stark auf die Juli- und Augustmonate beschränkt ist; und wir wollen mehr ausländische Touristen anziehen, um ein Maximum von Arbeitsplätzen zu schaffen“, erklärt Bürgermeister Leslek Cieslik. Zwar werden in der Stadt

Schiffe und landwirtschaftliche Maschinen gebaut, Zigaretten hergestellt und Kurgäste betreut, dennoch ist die Arbeitslosigkeit in Augustow selbst im Sommer noch nie unter die 16-Prozent-Marke gefallen.

Das Kanalprojekt

Das von der Vertretung der Europäischen Kommission in Warschau als „eines der komplexesten europäischen Projekte in Polen“ eingestufte Phare-Projekt „Modernisierung und Nutzung des Augustower Kanals“ hat die Instandsetzung von 2800 m Uferwegen und den Ausbau für den langsamen Schiffsverkehr zum Ziel. Des Weiteren wurden fünf der belebtesten und zum Kanal führenden Straßen der Stadt – darunter ein Abschnitt der Via Baltica – von Grund auf modernisiert, von der Kanalisation über das Straßenmobiliar bis hin zur Straßenbeleuchtung. Dazu kam ein futuristisch als Schiffskörper gestaltetes Informationszentrum in der Stadtmitte mit Touristenbüro, Cafeteria und Konferenzsaal ... Schließlich wurden im Stadtzentrum mehrere Flächen für Unternehmensansiedlungen reserviert. Die zwischen Frühling und Winter 2003 durchgeführten Arbeiten summieren sich zu einem integrierten strukturbildenden Projekt, das wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität der Bewohner in Einklang bringt.

„Jetzt brauchen wir noch Medien – eine Website, Broschüren, Messestände usw. –, um den Kanal im Ausland bekannt zu machen“, kommentiert Vizebürgermeister Jerzy Demianczuk und weist darauf hin, dass das erst der Anfang für Augustow ist. „Wir sind guter Hoffnung: das Projekt wird am Kanal noch ‚Kinder kriegen‘. Der Kanal hat 14 Schleusen in Polen, eine davon an der Grenze nach Weißrussland, und dort sind noch mal vier Schleusen. Die weißrussischen Behörden haben übrigens gerade beschlossen, sie bis zum Jahr 2005 instand zu setzen. Sie wollen sogar einen Kontrollpunkt an der Grenzschleuse einrichten, um die Grenzformalitäten für Kanuten zu vereinfachen.“

Das 31 km nördlich von Augustow gelegene Suwalki (68 000 Einwohner) ist stärker industriell orientiert; hier sind 150 KMU aus dem Holzverarbeitungssektor angesiedelt. Dazu kommen Käsereien sowie Betriebe aus Leichtmetallindustrie und Geflügelzucht. In einer 1996 gegründeten Zollfrei-



Sapard-Begünstigte: vom Bauernhof zum Molkereibetrieb



⁽⁶⁾ Das im Jahr 1989 zunächst für Polen und Ungarn aufgelegte Programm Phare („Pologne, Hongrie, Aide à la Restructuration Economique – Polen, Ungarn, Hilfe für die wirtschaftliche Umstrukturierung“) gilt heute für alle mittel- und osteuropäischen Bewerberländer. Phare konzentriert sich auf zwei Prioritäten: Es unterstützt die Verwaltungen der Bewerberländer bei der Aneignung der für die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands notwendigen Kompetenzen, und es fördert Investitionen in den Bereichen, wo sie am dringendsten erforderlich sind: Basisinfrastrukturen, Unternehmen, Sozialsystem.

zone haben sich rund zwanzig Unternehmen aus verschiedenen Sektoren niedergelassen. Gleichwohl liegt die Arbeitslosenquote über 22 %, was soziale Probleme und Kriminalität mit sich bringt.

Zwischen 1995 und 1999 hat Suwalki neun Phare-Projekte mit Gesamtkosten von 1,7 Mio. EUR (EU-Beitrag: 0,6 Mio. EUR) durchgeführt. Sie betrafen vor allem die Instandsetzung von Straßen und kleinen städtischen Infrastrukturanlagen. Ein Phare-Programm mit dem Titel „Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt 2002“ kofinanziert den Bau von technischen Anlagen und die Zufahrtsstraßen zu einem 25 ha großen Gewerbepark (1,94 Mio. EUR, bei Gesamtkosten von 2,88 Mio. EUR).

Außerdem zählt Suwalki zu den ersten ISPA-Begünstigten in Polen (7). Das im Jahr 2001 angelaufene Projekt „Verbesserung der Wasserqualität in Suwalki“ (Gesamtkosten in Höhe von 12,468 Mio. EUR, davon 50 % von der Union finanziert) soll in Suwalki und den zugehörigen Dörfern die Wasserleitungen einschließlich der Abwässerkanalisation auf das Niveau und die Normen der Europäischen Union umstellen. Das umfasst den Bau von 25 km Wasserleitungen, 55 km Kanalisation, 44 Pumpwerken und zwei Kläranlagen, einer Trinkwasseraufbereitungsanlage mit einer Kapazität von 600 km³/h, die Ausrüstung der Anlage in Suwalki mit Hilfsgeneratoren, die mit erneuerbaren Energien – insbesondere Biomasse – betrieben werden, die Anschaffung von Fernsteuerungsanlagen für neun Pumpwerke und die Ausarbeitung eines Leitschemas für Wassermanagement.

Ökologie, Ökonomie, Pädagogik

Über die Verbesserung der Lebensqualität trägt das ISPA-Projekt auch zum Schutz der einzigartigen Wasserwelt des Nationalparks von Wigry (150 km²) bei, der an mehrere Ortschaften der Samtgemeinde Suwalki grenzt. „Dieser zweite positive Effekt des Projekts ist sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht sehr wichtig“, betont Jozef Gajewski, der Bürgermeister von Suwalki. „Auch für uns bietet der Tourismus eine ganz wesentliche Entwicklungsperspektive; der Naturpark mit seinen Seen und seinen Bibern ist unsere wichtigste Attraktion.“ Dann zählt er die vielen Projekte auf, von deren Verwirklichung er träumt: Rehabilitation des Stadtzentrums, Instandsetzung von 146 alten Gebäuden, Aufwertung eines kleinen Flugplatzes, Anlage von Fahrrad- und Reitwegen, Loipen usw. „Ideen haben wir genug, und Geld ist in Wirklichkeit auch da. Was fehlt, ist viel grundlegenderer Natur: gute Verbindungen zur Außenwelt, um die Region aus ihrer Abgeschlossenheit herauszuholen.“

„Wir würden auch gern einen Wissenschaftspark und gemeinsam mit Litauen ein grenzüberschreitendes Innovationszentrum gründen“, ergänzt Przybysz Darlusz, der in Suwalki für die Umweltprojekte von ISPA zuständig ist. „Wir realisieren mit Hilfe von ISPA auch kleinere Projekte, die für die grenzüberschreitende Kooperation sehr nützlich sein können. Das gilt zum Beispiel für die Abwassertrennanlage an der Czarna Hancza, die auch durch Litauen fließt.“



Suwalki: Abwasseranlage, die durch ISPA finanziert wurde

Witlasi Rychlik ist Leiter der Wasserwerke von Suwalki und sieht einen weiteren Vorzug des ISPA-Projekts: „Ich würde sagen, dass wir methodologisch viel von ISPA gelernt haben. Dank dieser Projekte haben wir uns mit dem Geist, den Verfahren und den guten Praktiken der EU vertraut gemacht. Keine Frage, wir sind fit für den Beitritt!“

Ansprechpartner:

Vertretung der Europäischen Kommission in Polen
Warsaw Financial Center, 29 Floor
Emilii Plater, 53
PL-00-113 Warszawa
Tel. (48) 22-520 8200
Fax (48) 22-520 8282
E-Mail: delegation-poland@cec.eu.int

POLEN

Fläche: 312 685 km²
Bevölkerung: 38 219 000 Einwohner
Index BIP/Einwohner (2002):
41 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006)

Polen hat ein Gemeinschaftliches Förderkonzept ausgehandelt (8276 Mio. EUR), das vier vorrangige Bereiche umfasst: Unternehmen, Humankapital, Infrastrukturen, Regionalentwicklung und Entwicklung des ländlichen Raums.

(7) ISPA („Instrument structurel de préadhésion – Beitrittsvorbereitendes Strukturinstrument“) fördert Großinvestitionen in die Verkehrs- und Umweltinfrastrukturen von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. In den Jahren 2000 bis 2004 hat die Europäische Kommission 324 ISPA-Projekte gebilligt, zu einem Gemeinschaftsbeitrag in Höhe von insgesamt 7 Mrd. EUR.

Zypern

„Eine Verjüngungskur für die Altstadt von Nikosia?“

Athina Papadopoulou, Architektin und Denkmalschützerin (Nicosia Master Plan)



Das innerhalb der Stadtmauern von Nikosia gelegene Viertel Omeriye hat die besten Voraussetzungen zur Durchführung eines Stadterneuerungsprojekts. Omeriye gehörte lange zu den reichsten Vierteln der Stadt; hier steht eine große Anzahl

beeindruckender Kulturdenkmäler und Gebäude, wie sie für die traditionelle zypriotische Stadtbaukunst charakteristisch sind. Seit der Teilung Nikosias im Jahr 1974 verfiel und verwahrloste Omeriye.

Im Rahmen eines Stadterneuerungsprojekts sollten die historischen Bauten restauriert und umgenutzt werden, so dass die urbane Lebenswelt neu entstehen kann. Es sollte als Demonstrationsprojekt dienen und zur Nachahmung anregen.

Was lag da näher als eine Bewerbung bei dem Programm „Partnership for the Future“, das die Europäische Union im Oktober 2001 in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihrer technischen Agentur UNOPS (United Nations Office for Project Services) ins Leben gerufen hatte! Die Neubelebung der Altstadt von Nikosia hatte in dem Programm höchsten Stellenwert, ganz im Sinn des Stadtplanungskonzepts „Nicosia Master Plan“, das die Stadt gemeinsam mit dem Ministerium für Stadtplanung und Wohnungsbau und dem PNUD (Programme des Nations Unies pour le Développement) erarbeitet hatte und

gemeinsam mit den beiden Bevölkerungsgruppen der Stadt – Griechen und Türken – durchführte.

Die Wiederherstellung von Omeriye lief in drei Phasen ab:

- > Eine erste Phase (November 2002 bis Mai 2003) war der Instandsetzung der Kanalisation, der Straßen und Bürgersteige gewidmet;
- > die zweite Maßnahme (Februar 2003 bis Oktober 2003) bestand in der Restauration des alten Badehauses von Omeriye und seines Vorplatzes (einem osmanischen Komplex aus dem 16. Jahrhundert);
- > drittens wurden zwischen Februar und Juli 2003 die Gärten und die Nordfassade der Moschee von Omeriye, einem ehemaligen Augustinerkloster aus dem 14. Jahrhundert, restauriert.

Dank der Investition von 1,24 Mio. EUR, davon 1,16 Mio. EUR aus Mitteln der Europäischen Union, hat Omeriye zu seiner alten Schönheit und einer neuen Jugend gefunden. Es sei daran erinnert, dass in Zypern ein Drittel der beitragsvorbereitenden Projekte als so genannte „bi-kommunitäre“ Projekte ausgelegt sind. Das entspricht rund 4 Mio. EUR von den insgesamt 12 Mio. EUR, die seit dem Jahr 2000 alljährlich vergeben worden sind.

Ansprechpartnerin:

Athina Papadopoulou
Nicosia Master Plan
Tel. (357) 22 79 75 42
Fax (357) 22 30 41 44
E-Mail: masterplan3@nicosia.org.cy
Internet: <http://www.nicosia.org.cy>



ZYPERN

Fläche: 9250 km²

Bevölkerung: 715 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

76 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Das Einheitliche Programmplanungsdokument für Ziel 2 (28 Mio. EUR) ist auf nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums und der städtischen Problembezirke ausgerichtet. Das EPPD für Ziel 3 (22 Mio. EUR) zielt auf die Dynamisierung des Arbeitsmarkts und auf die Förderung von Erziehung und Fortbildung. Außerdem erhält Zypern 3,4 Mio. EUR aus einem Programm zur Unterstützung des Fischfangs.

Estland

„Ein Gipfelprojekt“

Eero Pärasmäe, Leiter der Abteilung Fremdfinanzierung im Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation, Estland



Als ich gebeten wurde, über ein in Estland von der Europäischen Union kofinanziertes Projekt zu sprechen, habe ich mir die Liste aller Phare-Projekte im Land angeschaut. Natürlich hätte ich ein besonders innovatives Projekt auswählen können, oder eins, das besonders

viele Arbeitsplätze geschaffen hat. Stattdessen habe ich mich für ein eher bescheidenes Tourismusprojekt entschieden. In der Tat halte ich das grenznah im Süden Estlands gelegene Sport- und Erholungszentrum von Haanja für ein sehr gelungenes Beispiel von Regionalentwicklung, sowohl hinsichtlich seiner Ziele als auch hinsichtlich seiner Umsetzung.

Die Anfänge des Projekts reichen ins Jahr 1999 zurück, als das Wirtschaftsministerium im Rahmen des Programms Phare ESC⁽⁸⁾ Projektvorschläge sichtet. Die Grafschaft Võru und die Gemeinde Haanja hatten gemeinsam den Bau eines Freizeitzentrums am Fuß des höchsten Hügels von Estland – sogar des ganzen Baltikums! – vorgeschlagen. Der Suur Munamägi (Mutter der Hügel) erreicht immerhin eine Höhe von ... 318 m.

Die Gegend von Haanja war zwar schon vorher ihrer Hügel wegen bei Skilangläufern (im Winter) und Mountainbikern (im Sommer) beliebt, hatte jedoch keine Infrastrukturen für Besucher aufzuweisen. Daher sollten nun sowohl ein Mehrzweckzentrum (mit Umkleidekabinen, Cafeteria, Skivermietung usw.) gebaut werden als auch die Pisten an die Normen des Internationalen Skiverbands angepasst werden, damit Wettkämpfe auf hohem Niveau veranstaltet werden können. Zu diesem Zweck mussten die vorhandenen Pisten neugestaltet und verbreitert werden sowie ein Schneeflug und weitere Ausrüstungen angeschafft werden. Nicht weniger wichtig war die Beleuchtung der Pisten; man darf nicht vergessen, dass wir im Winter nur 6 bis 7 Stunden Tageslicht haben. Schließlich – und vor allem – brauchten wir ein Marketingkonzept, um das Zentrum in Estland und bei unseren Nachbarn bekannt zu machen.

ESTLAND

Fläche: 45 226 km²

Bevölkerung: 1 356 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):

40 (EU-15 = 100)

Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

In Estland werden die Strukturinstrumente für vier Prioritäten eingesetzt (371 Mio. EUR): die Entwicklung der Humanressourcen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die Unterstützung der Landwirtschaft, der Fischerei und der ländlichen Entwicklung sowie schließlich die Verbesserung der Infrastrukturen und die örtliche Entwicklung.



Am schwierigsten war die Realisierungsphase. Die Evaluation der Umweltfolgen und die Konzipierung der Infrastrukturen haben viel Zeit in Anspruch genommen. Als dann die technischen und architektonischen Auflagen definiert waren, stellte sich heraus, dass die für das Projekt vorgesehenen Mittel nicht ganz ausreichten. Aber heißt es nicht: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg? Die Gemeinde und der estnische Staat haben nicht gezögert, zusätzliche Mittel bereitzustellen. In dieser Hinsicht zeigt die ganze Realisierungsphase, dass es wichtig, ja, unerlässlich ist, sich auf die gute Zusammenarbeit zwischen den nationalen und lokalen Behörden verlassen zu können.

Ergebnis: Wir haben ein sehr schönes Mehrzweckzentrum gebaut, das sich gut in die Landschaft einfügt und im Winter den Skiläufern und im Sommer den Mountainbikern, Spaziergängern und Wanderern zur Verfügung steht, die anreisen, um den Blick von Estlands höchstem Gipfel zu genießen. In der Anlage können Seminare mit maximal 60 Teilnehmern veranstaltet werden. Die Skiläufer können zwischen Pisten von ein, drei, fünf und zehn Kilometern Länge wählen, und auf einer sehr gut beleuchteten Teilstrecke von 3,2 km Länge kann man bis neun Uhr abends Ski fahren. Das Projekt hat 636 000 EUR gekostet. 395 000 EUR hat die Europäische Union beigesteuert, 117 000 EUR die estnische Regierung und 124 000 EUR die Gemeinde Haanja.

Bei der Einweihung des Freizeit- und Sportzentrums von Haanja im Dezember 2003 hat Mati Alaver, der sportliche Leiter der estnischen Skilanglaufnationalmannschaft, der mehrere estnische Skiläufer auf die Siegestreppchen von olympischen Spielen und Weltmeisterschaften gebracht hat, die richtigen Worte gefunden, um den Erfolg des Projekts zusammenzufassen: „Mit dem Bau eines Sport- und Erholungszentrums in dieser Region haben die Behörden den Beweis erbracht, dass sie ein Herz für Sportler und Sportlerinnen haben.“ Seine Ansprache war ein starkes Signal an die Adresse des Teams, das sich drei Jahre lang mit großem Einsatz und Ideenreichtum um die erfolgreiche Durchführung des Projekts verdient gemacht hat.

Für die kleine Gemeinde Haanja war es alles andere als leicht, sich an ihr erstes mit europäischen Mitteln gefördertes Projekt für wirtschaftlichen und ökonomischen Zusammenhalt heranzuwagen. Aber ihr Erfolg hat zur Billigung eines neuen Projekts aus dem Programm Phare ESC geführt, das im Jahr 2004 anlaufen soll. Es geht um die vollständige Renovierung eines Turms, der 1939 auf der höchsten Erhebung Estlands errichtet worden war und 1969 zum letzten Mal renoviert wurde.

⁽⁸⁾ ESC: Economic and Social Cohesion (Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt).

Malta

„Die Umwelt ist die Siegerin in Maltas Einheitlichem Förderkonzept für 2004-2006“

Marlene Bonnici, Leiterin der Malteser Verwaltungsbehörde für die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds



Malta gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Welt und hat mit 1200 Einwohnern je km² die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte in der Europäischen Union. Zudem besteht das Archipel aus

drei Inseln mit einer sehr empfindlichen Umwelt. Außerdem hat Malta eine florierende Tourismusindustrie: Jährlich besuchen über eine Million Menschen die Insel. Die extreme Urbanisierung des Landes und seine wirtschaftliche Entwicklung in den neunziger Jahren haben schwer wiegende Belastungen unserer insularen Umwelt nach sich gezogen.

In den letzten Jahren sind die Umweltausgaben der Regierung beträchtlich gestiegen. Zwar bleibt nach wie vor viel zu tun, besonders in Sachen Umweltschutzinfrastrukturen, doch die Verpflichtung zur Respektierung des gemeinschaftlichen Besitzstands hat Anlass gegeben, ein partnerschaftliches Verhältnis zu NRO aus dem Umweltsektor zu suchen, neue Gesetze zu verabschieden und ihre Umsetzung zu verbessern.

In der Phase der Beitrittsvorbereitung musste Malta große Anstrengungen zur Rechtsanpassung unternehmen, ohne dabei von der Europäischen Union infrastrukturell unterstützt zu werden. Malta konnte keine ISPA-Mittel beantragen, erhielt jedoch im beitragsvorbereitenden Programm des Jahres 2003 die Möglichkeit zur Kofinanzierung eines kleinen Infrastrukturprojekts. Malta entschied sich für die Umwelt und hat auf der Insel Gozo ein Projekt zur Wasseraufbereitung aufgelegt. Anders als bei ISPA hat Malta dieses Projekt jedoch zu 50 % mitfinanziert. Daran lässt sich Maltas Engagement für die Umwelt ablesen.

Bei der Ausarbeitung ihres Programmplanungsdokuments für die Strukturfonds entschied die Regierung von Malta sich ganz bewusst dafür, den Umweltsektor am stärksten von den Mitteln profitieren zu lassen, die das Land nach dem Beitritt erhalten wird. Das ging unvermeidlich zu Lasten anderer Bereiche und Prioritäten, die für Maltas Entwicklung ebenfalls sehr bedeutsam sind. Die Regierung entschied sich für diesen Kraftakt, um den Erhalt der Inseln und ihrer Ökosysteme zu gewährleisten. Diese Entscheidung war nicht von kurzsichtigen Überlegungen getragen, sondern soll der Zukunft des Landes und den zukünftigen Generationen dienen; sie wurde von allen Partnern mitgetragen, wenngleich manche Organisationen gern andere Prioritäten gesetzt hätten.

Malta will im Rahmen des Einheitlichen Programmplanungsdokuments unter anderem Projekte für Abfallmanagement, Trinkwasser und Wasserqualität, gegen Luftverschmutzung und für Naturschutz durchführen. Eine Bildungskampagne soll die Projekte begleiten und in einen konkreten Kontext stellen. Ergänzend dazu sollen mit Mitteln des Kohäsionsfonds weitere Umweltprojekte durchgeführt werden, hauptsächlich zur Beseitigung von Festmüll. Erneut hat Malta beschlossen, mehr als 60 % der ihm zustehenden Mittel – also weit mehr als die obligatorischen 50 % – für die Umwelt auszugeben. Das geht zu Lasten von Verkehrsinfrastrukturen, die ebenfalls nötig sind und kurzfristig greifbarere Resultate gezeitigt hätten.

Auf diese Weise wollen wir einen langfristigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität aller Bürger, der zukünftigen Generationen und schließlich der Hunderttausenden Touristen leisten, die uns alljährlich besuchen.

MALTA

Fläche: 316 km²

Bevölkerung: 397 000 Einwohner

Index BIP/Einwohner (2002):
69 (EU-15 = 100)



Strategie der Strukturfonds (2004-2006):

Malta (63,2 Mio. EUR) wird strategische Investitionen vornehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerks- und Tourismusunternehmen stärken, Eingliederung und Berufsbildung fördern, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, zugunsten des ländlichen Raums und der Fischerei ergreifen. Für die Insel Gozo sind spezifische Hilfen vorgesehen.





BULGARIEN

Kulturstraße Donau



Gesamtkosten (Karten): 290 886 EUR
EU-Beitrag: 122 977 EUR

„Dieses Interreg-III-B-Projekt, an dem alle Stromanrainerlände beteiligt sind, stellt die kulturelle Vielfalt des Donaubeckens in den Dienst der regionalen Entwicklung. Zu seinen Aktionen gehörte die Erstellung einer Grundkarte der Donau-region im Maßstab 1:500 000, auf deren Grundlage eine digitale Karte hergestellt wurde, die die kulturellen Attraktionen verzeichnet und einen Katalog der an den Ufern der Donau gelegenen technischen Denkmäler ergänzt.“

Eugen Scherer, Projektleiter
post.k1@noel.gv.at

UNGARN

Programm Industriepark-Partnerschaft (PIPP)



Gesamtkosten: 40 534 EUR
EU-Beitrag: 21 687 EUR

„Dieses Projekt war Bestandteil des Programms *Cadses* (*Central, Adriatic, Danubian and South Eastern European Space*) der Gemeinschaftsinitiative Interreg II C. Sein Ziel war der Aufbau von Kooperationssystemen zwischen den Industrieparks der beteiligten Regionen für ihren Informations- und Wissensaustausch. Die Aktivitäten des PIPP bestanden hauptsächlich in der Vernetzung von Industrieparks in den beteiligten Regionen; dazu kamen Bildungsseminare und Studienreisen, die Organisation von Workshops und internationalen Konferenzen. Als Koordinator fungierte die South-Transdanubian Regional Development Agency, die zahlreiche Partner aus Ungarn, Italien und Rumänien koordinierte.“

György Márton
Stellvertretender Entwicklungsmanager
South-Transdanubian Regional Development Agency
martongy@ddrft.hu

TSSCHECHISCHE REPUBLIK

Grenzüberschreitendes Radwegenetz



Gesamtkosten (Ausschilderung): 15 993 EUR
EU-Beitrag: 6862 EUR

„Die Euregio Egrensis hat im Grenzbereich von Böhmen, Bayern, Sachsen und Thüringen ein 500 km langes Radwegenetz ausgearbeitet, auf dem sich sportliche, kulturelle und touristische Aktivitäten mit Naturbeobachtung verbinden lassen. Zu diesem Projekt von Phare CBC (*) gehörte die Ausarbeitung und Ausschilderung der Streckenführung sowie ein Radführer, der alle Abschnitte und Sehenswürdigkeiten des Streckennetzes beschreibt. Zwei Themen zur Vergangenheit und Gegenwart der Partnerregionen werden besonders herausgestellt: Bergbau und Thermalbäderbetrieb. In der Tat gehören Kurorte zum Projekt, das sich auf diese Weise an der von Interreg in Angriff genommenen Marketinginitiative zugunsten der Thermalbäder beteiligt.“

Lubomír Kovár, Direktor, Euregio Egrensis
euregionis@iol.cz

(*) CBC Cross Border Cooperation (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit).

SLOWAKEI

Ein Unternehmenspark in Spišská Nova Ves



Gesamte erstattungsfähige Kosten: 543 532 EUR
EU-Beitrag: 325 000 EUR

„Der zwischen Dezember 2002 und Oktober 2003 errichtete Unternehmenspark von Spišská Nova Ves wurde am 19. Februar 2004 offiziell eingeweiht. In der Region von Spis sollte eine leistungsfähige Infrastruktur errichtet werden, um den Betrieben ein breites Spektrum von Diensten anzubieten und ihr wirtschaftliches Umfeld zu verbessern. Der Komplex stellt neugegründeten Unternehmen und schon existierenden Betrieben Ausrüstungen und technische Hilfe zur Verfügung. Ergänzend dazu kann das Europäische Unternehmens- und Innovationszentrum von Spišská Nova Ves den im Unternehmenspark angesiedelten Unternehmen ein weiteres Spektrum von preisgünstigen Dienstleistungen anbieten. Die Unternehmen können in der Anlage Gewerberäume und -flächen bis zu 1100 m² in Anspruch nehmen.“

Katarína Krotakova, Direktorin, BIC Spišská Nova Ves
bicsnv@spisnet.sk

Website Info regio

Die Website Info regio bietet einen vollständigen Überblick über die europäische Regionalpolitik. Die aktuellsten Informationen finden sich im Teil „Newsroom“:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/newsroom/index_de.htm

Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Referat
 01 – „Information und Kommunikation“
 Thierry Daman
 Avenue de Tervuren 41, B-1040 Bruxelles
 Fax (32-2) 296 60 03
 E-Mail: regio-info@cec.eu.int
 Internet: http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2004
 Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Amt für Veröffentlichungen

Publications.eu.int